

Niederschrift
der Sondersitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.06.2021
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 18:04 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Frau Ute Bartel bis 17:07 Uhr
Herr Stefan Bauschke
Herr Volker Borbe
Herr Bernd Buxbaum
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Kerstin Chill
Frau Heike Corinth
Frau Sabine Ehlert
Herr Frank Fanter
Frau Friederike Fechner
Frau Olga Fot
Herr Robert Gränert
Herr Thomas Haack
Frau Sandra Heischkel
Herr Maik Hofmann
Frau Anett Kindler
Herr Ralf Klingschat
Frau Andrea Kühl
Herr Jens Kühnel
Frau Josefine Kümpers
Herr Sebastian Lange
Herr Michael Liebeskind ab 16:06 Uhr
Herr Detlef Lindner
Herr Peter Paul
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Marc Quintana Schmidt
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Tino Rietesel
Herr Daniel Ruddies
Herr Harald Runge
Frau Birkhild Schönleiter
Herr Thomas Schulz
Herr Jürgen Suhr
Frau Ann Christin von Allwörden
Herr Dr. Arnold von Bosse
Frau Petra Voß
Herr Thomas Würdisch
Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.05.2021
- 5** Mitteilungen des Präsidenten
- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7** Anfragen
- 7.1** Konsequenzen für Kita-Planungen
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: kAF 0064/2021
- 7.2** Trauungen im Standesamt
Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE
Vorlage: kAF 0065/2021
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Festbetragsfinanzierung Sportbund
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund
Vorlage: AN 0110/2021

Änderungsantrag zum TOP 9.1 AN 0110/2021 Festbetragsfinanzierung Sportbund,
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0113/2021
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: B 0028/2021
- 12.2** Annahme einer Spende - Warnschutz-T-Shirts für Schülerinnen und Schüler von Grundschulen
Vorlage: B 0020/2021

- 12.3** Kostenloser ÖPNV
Vorlage: B 0066/2020
- Änderungsantrag zur Vorlage B 0066/2020 Kostenloser ÖPNV
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0114/2021
- 12.4** Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die
Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund
zum 31.12.2015 und Abschließende Prüfungsvermerke des
Rechnungsprüfungsausschusses und des
Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: B 0053/2021
- 12.5** Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2015 der
Hansestadt Stralsund und Entlastung des
Oberbürgermeisters
Vorlage: B 0056/2021
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen
Teil
- 16** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung
der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17** Schluss der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 39 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Paul bittet die Mitglieder der Bürgerschaft wiederum, ihre Redebeiträge nach Möglichkeit vom Platz aus zu halten.

Da eine Teilnahme an der Sitzung für die Öffentlichkeit immer noch Einschränkungen unterliegt, wird abermals im Interesse einer zeitnahen Nachvollziehbarkeit der Beratungen und Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger ab 18.06.2021 der öffentliche Teil als Mitschnitt auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund zur Verfügung gestellt. Der Präsident geht davon aus, dass keine Einwände seitens der Mitglieder der Bürgerschaft dagegen bestehen.

Nachfolgend gibt Herr Paul bekannt, dass durch HanseRadio e.V. angekündigt wurde, die Sitzung über soziale Medien live zu übertragen. Er weist hierzu auf das Vetorecht der Bürgerschaft nach § 29 Absatz 5 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) hin.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Paul gibt bekannt, dass die Vorlagen B 0031/2021 (TOP 15.3.1) und B 0049/2021 (TOP 15.3.15) durch den Oberbürgermeister zurückgezogen wurden. Des Weiteren liegt der Bürgerschaft die Beschlussvorlage des Hauptausschusses H 0078/2021 zur Beschlussfassung vor.

Herr Dr. Zabel gibt zu Protokoll, dass sich die Fraktion CDU/FDP entschieden hat zur Sitzung keine Anfragen und Anträge einzureichen. Er begründet dies damit, dass es sich um eine Sondersitzung handelt.

zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

Der Präsident lässt über die Heranziehung der Vorlage H 0078/2021 nach § 22 Absatz 2 Satz 4 Kommunalverfassung M-V abstimmen:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter
2021-VII-05-0532

Abschließend stellt der Präsident die geänderte Tagesordnung einschließlich des Beschlusses 2021-VII-05-0532 zur Abstimmung:

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-05-0533

zu 4 Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.05.2021

Die Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.05.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-05-0534

zu 5 **Mitteilungen des Präsidenten**

Der Präsident teilt wie folgt mit:

Gemäß Schriftsätzen der Verwaltung ist die Umsetzung von Beschlüssen der Bürgerschaft bekannt gegeben worden. Dies betrifft die folgenden Beschlüsse:

Alte Schwedenschanze wiederherstellen (2020-VII-07-0375)

- Mitgeteilt wird durch die Leitung des Amtes 68, dass regelmäßige Kontrollen und die Beseitigung von Unrat erfolgen. Freiräumarbeiten auf dem Gelände haben in großem Umfang durch Beschäftigte der Verwaltung und Mitarbeiter der MV Werften stattgefunden. In Erarbeitung ist derzeit ein Pflege- und Entwicklungskonzept für das Bodendenkmal.

Deutsch-Russische Freundschaft vertiefen (2021-VII-02-0439)

- Mittels Schreiben vom 18.05.2021 wird durch das Amt 40 informiert, dass unter Einbeziehung des Ausschusses für Kultur die bisherigen Beziehungen und Kooperationen dargestellt und zukünftige Handlungsfelder ausgelotet wurden. Im Ergebnis wird eine institutionelle Partnerschaft ausgeschlossen und vorgeschlagen, dass die Unterstützung der Hansestadt Stralsund von bürgerschaftlichen Projekten und Aktionen vordergründig sein soll.

Instandsetzung HanseDom (2017-VI-06-0681 und 2020-VII-03-0251)

- Den Beschlüssen zur Nutzungsvereinbarung und der Nachtragsvereinbarung entsprechend sind die vereinbarten Maßnahmen im Bereich Instandsetzung / Investitionen umgesetzt.

Die Schriftsätze liegen den Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Herr Paul bittet um Kenntnisnahme der Umsetzung der Beschlüsse.

zu 6 **Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Der Oberbürgermeister teilt wie folgt mit:

17. Juni 1953

Der Oberbürgermeister hat zusammen mit Bürgerschaftsmitgliedern sowie Vertreterinnen und Vertretern des Landtags, der Kirchen, der Marineteknikschule, von Gewerkschaften und Opfernverbänden an der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni auf dem Platz des 17. Juni teilgenommen.

Dieser Platz des 17. Juni trägt dazu bei, dass jenes dunkle Kapitel der Geschichte im Bewusstsein bleibt – als sichtbares Zeichen für Rückgrat und Respekt, für Haltung und Hoffnung, für Geradlinigkeit und Gerechtigkeit.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger waren ebenfalls dabei. Gemeinsam wurde all jenen gedacht, die damals Mut gezeigt und sich für Freiheit, Einheit und Demokratie starkgemacht haben. Auch in Stralsund.

Der Aufstand wurde niedergeschlagen, die Sehnsucht nach Freiheit nicht. Sie erfüllte sich erst 36 Jahre später mit dem Fall der Mauer.

Es liegt bei allen, die Erinnerung wachzuhalten und wachsam zu bleiben – gegenüber jenen, die das Erbe der mutigen Frauen und Männer geringschätzen, ihre Werte abschaffen und die Gesellschaft bewusst spalten wollen.

Der 17. Juni 1953 bleibt ein Tag des Widerstandes, des Aufstands und des Verstands. Den Opfern von gestern gilt heute Dank.

Die gemeinsamen Werte Frieden, Freiheit und Demokratie zu schützen, ist nicht nur die Aufgabe aller – insbesondere der Mitglieder der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung – sondern auch deren Pflicht.

SommerCamp Stralsund 2021

Die jungen Stralsunderinnen und Stralsunder sind die Zukunft der Hansestadt Stralsund und liegen dieser sehr am Herzen – aus diesem Grund startet die Hansestadt Stralsund zusammen mit hiesigen Projektpartnern das SommerCamp Stralsund 2021.

Gut ein Jahr Homeschooling und Wechselunterricht haben teilweise erhebliche Lernrückstände bei den Schülerinnen und Schülern hinterlassen. Auch die fehlende Tagesstruktur und der Wegfall des Sozialraums Schule ist nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen und können Auswirkungen auf ihre künftige positive Entwicklung haben. Die Hansestadt Stralsund und die Kreisvolkshochschule in Stralsund starten gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern im Sommer 2021 das SommerCamp Stralsund 2021, ein zweiwöchiges, buntes Angebot, in dem neben Teambuilding, sozialen und kreativen Aktivitäten im Rahmen der Lernwerkstatt auch schulische Inhalte angeboten werden. Der „talentCAMPus“ umfasst Angebote im kulturellen und kreativen Bereich und findet im Wechsel mit der Lernwerkstatt statt.

Mit der Lernwerkstatt soll nicht nur in kleinen Gruppen mit individueller Betreuung Lernstoff nachgeholt werden, sondern den Schülerinnen und Schülern wieder Vertrauen in die eigene Lernleistung geben und den Spaß am Lernen (wieder)entdecken helfen. Denn das gemeinsame Lernen in einer Gruppe macht mehr Spaß als Homeschooling.

Unter www.stralsund.de/sommerncamp sind alle Informationen rund um das SommerCamp zu finden, gleichzeitig sind hier auch die sonstigen tollen und vielfältigen Angebote für die Sommerferien in Stralsund aufgeführt.

Am Samstag, den 19.06.2021, findet von 12 – 16 Uhr ein „Markttag“ zum SommerCamp in der Jahnsporthalle statt, zu dem alle Schülerinnen und Schüler herzlich eingeladen sind. Neben Musik und Salsa, Origami und Zootieren gibt es eine Menge lustige Sachen zu erleben. Für das leibliche Wohl sorgt die SIC mit Eis und Würstchen. Der Oberbürgermeister freut sich auf den Besuch der jungen Stralsunderinnen und Stralsunder.

Herr Dr.-Ing. Badrow weist darauf hin, dass es noch keine Lockerungen hinsichtlich der Maskenpflicht bei Sitzungen kommunaler Gremien gibt.

zu 7 Anfragen

zu 7.1 Konsequenzen für Kita-Planungen Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: KAF 0064/2021

Anfrage:

1. Welche Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung aus den aktuellen Ergebnissen zu den Bedarfen an Kita-Plätzen in der Hansestadt mit Blick auf die Pläne zu weiteren Kita-Neubauten?

Frau Dr. Gelinek antwortet wie folgt:

Mit dem Kita-Portal ist es der Hansestadt Stralsund möglich, den IST-Zustand der belegten Plätze in den Einrichtungen einzusehen sowie die Anzahl der aktuell auf der Warteliste für einen Betreuungsplatz erfassten Kinder.

In den der Bürgerschaft zuletzt vorgestellten Zahlen sind keine Überhänge einkalkuliert, vielmehr wurde mitgeteilt, dass mit dem Neubau der Kita „Küstenkinder“ vom IB und der Entstehung des Kinder- und Jugendcampus auch weitere zukünftige Bedarfe in der Hansestadt gedeckt werden können.

Die Bedarfsermittlung und Kita-Planung ist Teil der Jugendhilfeplanung, hierfür ist das örtlich zuständige Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Rügen als öffentlicher Träger der Jugendhilfe verantwortlich. Dieser hat nun für die Überarbeitung der Jugendhilfeplanung AGs gegründet, leider ohne den Themenbereich Kindertagesbetreuung.

Die Entscheidung über die Schaffung neuer Betreuungsplätze liegt in der Verantwortung des jeweiligen Kita-Trägers, der diese unter Berücksichtigung insbesondere auch der Gesamtsituation und Konkurrenz in Stralsund trifft. Hierbei spielen neben Belegungszahlen vor allem Art und Qualität der bisher vorhandenen Plätze eine wichtige Rolle, also der Betreuungsschlüssel, das pädagogische Konzept einer Einrichtung, die Ausbildung der Mitarbeitenden usw.. Pläne zu Kita-Vorhaben werden der Hansestadt Stralsund dann vorgestellt, wenn ein freier Träger dies mit der Hansestadt Stralsund als Wohnsitzgemeinde besprechen oder beraten möchte.

Frau Kindler dankt für die Beantwortung. Langfristig wird aus ihrer Sicht ein großer Überhang möglich sein. Diesbezüglich erfragt Frau Kindler die Steuerungsmöglichkeiten und ob die Hansestadt Stralsund auf den Landkreis zugeht.

Frau Dr. Gelinek sieht wenig Möglichkeiten der Steuerung. Gleichwohl ist es gelungen, mit dem Kita-Portal ein Steuerungselement zur Darstellung des IST-Zustandes zu etablieren. Gegenüber dem Landkreis hat die Hansestadt Stralsund die Einrichtung einer AG Kindertagesbetreuung angeregt und bemängelt, dass diese noch nicht geschaffen wurde.

Herr Dr.-Ing. Badrow ergänzt, dass die Hansestadt Stralsund trotz Unzuständigkeit Aufgaben wahrnimmt. Er würde es begrüßen, wenn die Kreistagsmitglieder Leistungen in der Zuständigkeit des Landkreises auch einfordern.

Der Präsident lässt über die beantragte Aussprache abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0535

Frau Kindler bestätigt, dass dies im Kreistag debattiert werden muss. Zusammen mit Frau Ehlert hat sie die Thematik im Interesse der Hansestadt Stralsund im Jugendhilfeausschuss des Kreistages angesprochen. Gleichwohl bleibt sie bei der Auffassung, dass eine Steuerung erfolgen müsse.

Herr Dr. Zabel weist darauf hin, dass die Steuerung über den Landkreis erfolgen muss. Er regt eine Initiative der Bürgerschaft an, ebenfalls die Tagesmütter im Kita-Portal zu erfassen, um Planungssicherheit zu erhalten.

Frau Kindler berichtet, dass auch Tagesmütter im Portal erfasst sind, aber nicht alle Kitas. Gleichzeitig informiert sie, dass einige Einrichtungen überlegen, Abstand vom Kita-Portal zu nehmen. Dahingehend regt Frau Kindler an, die Zufriedenheit der Träger der Einrichtungen mit dem Portal zu evaluieren.

Herr Dr. Zabel meint, dass sich das Portal bewährt hat. Dennoch sollte die Bürgerschaft bestrebt sein, dass alle Träger und Tagesmütter im Kita-Portal vertreten sind.

Gegebenenfalls hat die Verwaltung diesbezüglich zum Dialog einzuladen. Nach seiner Auffassung ist nur so eine konkrete Planung und Steuerung möglich.

Frau Dr. Gelinek führt aus, dass zur Berichterstattung in der letzten Bürgerschaftssitzung alle Träger mit Betriebserlaubnis und 65% der Tagespflegepersonen in dem Portal angemeldet waren. Durch das Fachamt wurden die Akteure in der Anwendung des Portals geschult. Mit abnehmendem Infektionsgeschehen ist beabsichtigt, diese weiter aufzunehmen und auszubauen. Frau Dr. Gelinek begrüßt das Engagement der Bürgerschaft und offeriert jegliche Unterstützung.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

zu 7.2 Trauungen im Standesamt
Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE
Vorlage: KAF 0065/2021

Anfrage:

1. Wie haben sich die Zahlen der Trauungen in Stralsund in den letzten 2 Jahren in den folgenden Trauorten, Großer Trauraum, der Kleinen Ratsstube, der Kapelle St. Annen und Brigitten, in der Holländermühle und in der Außenstelle Gorck Fock I, entwickelt?
2. Wie haben sich die Bestimmungen der Corona-LVO M-V auf die Nachfrage nach den einzelnen Trauorten ausgewirkt?
3. Sind derzeit Trauungen in der Kapelle St. Annen und Brigitten möglich?

Herr Tanschus beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Aufgrund des Beginns der Corona-Pandemie zum Jahresbeginn 2020 stellt Herr Tanschus die Entwicklung der Anzahl der Trauungen in der Hansestadt Stralsund an den einzelnen Trauorten bereits ab 2018 dar:

Trauungen in den Jahren	2018	2019	2020
Gesamtzahl	511	479	372
Großer Trauraum	143	164	140
Kleine Ratsstube	237	193	132
Kapelle	54	41	46
Gorch Fock1 (ganzjährig)	59	70	45
Büro	18	11	7
Zoo (Mai-Sept.) (gewidmet seit 01.05.2020)			2

zu 2.:

Im Corona-Jahr 2020 wurden etwa 20% weniger Trauungen durchgeführt als 2019. Die Einreisebestimmungen und Übernachtungseinschränkungen führten dazu, dass die Termine auswärtiger Paare abgesagt bzw. auf 2021 verschoben wurden. Paare, die dennoch an ihrem Termin festhielten, kamen von vorne herein zu zweit, da im Anschluss keine Möglichkeit zum Beisammensein außerhalb der Kernfamilie bestand. Aus diesem Grund bestand auch vorerst keine erhöhte Nachfrage, auf die größeren Räumlichkeiten auszuweichen.

Für alle Trauorte gibt es Hygienekonzepte. Diese werden von der aktuellen Coronalandesverordnung verlangt.

Durch die Erhöhung der zulässigen Gästezahlen besteht nun vermehrt der Wunsch, auf den großen Trausaal und die Kapelle St. Annen und Brigitten bei entsprechender Verfügbarkeit auszuweichen.

Seit dem 11.06. sind wieder Trauungen auf der Gorch Fock I möglich. Die ersten drei Trauungen finden am 18.06. statt.

Im Zoo startete die diesjährige Hochzeitssaison am 25.05. mit zwei Trauungen.

Bis zum 12.06.2021 wurden insgesamt 112 Trauungen durchgeführt. Bis zum 30.09. sind weitere 171 Trauungen angemeldet und bestätigt.

Für das Jahr 2022 sind bereits (überwiegend in den Sommermonaten) 87 Termine reserviert. Aktuell sind für diesen Sommer nur noch ganz vereinzelt Termine verfügbar, ab Ende September können die Wünsche der Paare dann wieder großzügiger bedient werden. Dass kurzfristig angefragte Terminwünsche nicht angenommen werden können, begründet Herr Tanschus wie folgt:

Eine Vielzahl der vereinbarten Termine aus 2020 wurden direkt auf das Tagesdatum 2021 verschoben, weil diese Paare ihren Termin symbolisch an ein ganz genaues Datum binden. Gleichmaßen ist es vielen Paaren selbstverständlich wichtig, ihre Hochzeit in den wärmeren Monaten mit den Familien und Freunden zu feiern. Hierbei handelt es sich um die begehrten Wochenendtermine generell ab Mitte Mai. So ist es nachvollziehbar, dass dem einen oder anderen „neuheiratswilligem Paar“ ggfs. nur noch eine Alternative in der Nähe ihres Terminwunsches angeboten werden kann, da insbesondere die Freitage und Samstage für viele eigentliche Trauungen aus 2020 vorreserviert sind. Oftmals werden alternative Terminlücken von den Paaren angenommen. Bleibt der Wunsch eines bestimmten kurzfristigen Datums noch in diesem Sommer bestehen, versuchen die Paare auf umliegende Standesämter auszuweichen. Aus der Praxis ist jedoch bekannt, dass die vorweg beschriebene Problematik auf allen Standesämtern eine große Herausforderung ist und in ganz M-V kaum noch ein Termin im Sommer zu ergattern ist.

Erschwerend hinzu kommt, dass es in diesem Sommer verschiedene Personalwechsel im Standesamt geben wird. Die personelle Verfügbarkeit von Standesbeamtinnen in der Hansestadt ist deshalb aktuell sehr angespannt.

Gemäß der Verordnung über die Bestellung von Standesbeamten muss zur Bestellung eines neuen Standesbeamten neben einem dreimonatigen Praktikum ein Einführungslehrgang für neu zu bestellende Standesbeamte mit Erfolg absolviert werden.

Die Bildungseinrichtungen hatten pandemiebedingt über mehrere Monate geschlossen, so dass überhaupt keine Möglichkeit hierzu bestand. Aktuell sind die Kurse wegen der erhöhten Hygieneanforderungen in der Teilnehmerzahl immer noch sehr stark reduziert. Eine Anfrage von Herrn Tanschus an die höhere Standesamtsaufsicht, dem Ministerium für Inneres und Europa, die Bestellung zum Standesbeamten / zur Standesbeamtin ohne eines besuchten Lehrgangs zu gestatten und diesen bei Verfügbarkeit umgehend nachzuholen, blieb leider erfolglos.

Auch die Möglichkeit, gerade in einem Tourismusland (allein in den letzten Jahren sind konstant mehr als die Hälfte aller Paare keine Stralsunder Bürgerinnen und Bürger) Eheschließungsstandesbeamtinnen und -standesbeamte zu bestellen, ist leider immer noch nicht gegeben. In vielen Bundesländern ist dies die gängige Praxis.

Trotz der angespannten Lage finden dennoch an jedem Samstag in der Hansestadt Stralsund Eheschließungen statt. In der Regel sind an einem Samstag zwei bis drei Standesbeamtinnen parallel im Einsatz, um die unterschiedlichen Trauorte zu bedienen. In der jetzigen Situation ist es leider nicht mehr die Ausnahme, dass die Standesbeamtinnen in diesen Sommermonaten an drei bis vier Samstagen in Folge im Einsatz sind.

zu 3.:

Wie bereits in den vorherigen Ausführungen beschrieben, werden Trauungen in der Kapelle St. Annen und Brigitten durchgeführt.

Herr Buxbaum dankt für die Ausführungen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

zu 8 Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Einwohnerfrage zur Sitzung vor.

zu 9 Anträge

zu 9.1 Festbetragsfinanzierung Sportbund Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund Vorlage: AN 0110/2021

**Änderungsantrag zum TOP 9.1 AN 0110/2021 Festbetragsfinanzierung Sportbund,
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0113/2021**

Herr Hofmann verlässt aufgrund § 24 Abs. 1 KV M-V den Sitzungssaal.

Herr Haack erläutert das erneute Einbringen des Antrages. Aufgrund eines vorliegenden Mitwirkungsverbotes ist eine neue Beschlussfassung erforderlich. Er geht auf die Diskussion zur Thematik in der vergangenen Bürgerschaftssitzung ein. Nach Ansicht von Herrn Haack sollte Herr Hofmann von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI und SPD diskreditiert werden. Er stellt klar, dass sich Herr Hofmann nicht auf eine eventuell neu zu schaffende Personalstelle bewerben wird.

Nachfolgend geht er auf den vorliegenden Änderungsantrag ein. Er ist der Auffassung dass die Einreicher sich inhaltlich nicht mit dem Stralsunder Sportbund auseinandergesetzt haben. Herr Haack wirbt um Zustimmung für den Antrag der Fraktion Bürger für Stralsund.

Frau Kindler begründet den vorliegenden Änderungsantrag. Es ist nicht ihr Anliegen, jemanden zu diskreditieren, sondern sich für die Sportvereine einzusetzen. Grundsätzlich soll eine Personalstelle beim Sportbund verhindert und das Geld für die Kinder und Jugendlichen eingesetzt werden.

Herr Dr. Zabel meint, dass der Stadtsportbund als legitimiertes Gremium geeignet ist, um über die Verwendung der finanziellen Mittel zu entscheiden. Die Fraktion CDU/FDP spricht sich gegen die im Änderungsantrag festgelegte Priorisierung aus. Es wird ebenso als legitim erachtet, das Geld für die Schaffung einer Personalstelle einzusetzen, um den vielen organisatorischen Aufgaben nachkommen zu können.

Frau Bartel begründet die Beteiligung der Fraktion SPD an dem vorliegenden Änderungsantrag. Sie kritisiert die Teilnahme von Herrn Hofmann an der Abstimmung in der

Sitzung am 22.04.2021. Diesbezüglich wirft sie dem Präsidium und dem Gremiendienst Versagen vor. Ein möglicher Personalbedarf des Sportbundes sollte aus ihrer Sicht transparent debattiert werden. Die Fraktion SPD beantragt die namentliche Abstimmung.

Herr Buxbaum meint, dass es in der gesamten Diskussion nicht darum ging, eine Person anzugreifen. Er berichtet, dass die Möglichkeit der Verwendung der finanziellen Mittel für eine Personalstelle aus Kreisen des Sportbundes an die Fraktionen herangetragen wurde. Er geht auf die Begründung des Antrages während der Haushaltsdebatte ein. Demnach sollte das Geld verwendet werden, um die Folgen der Pandemie für die Vereine aufzufangen. Herr Buxbaum bestätigt das Erfordernis, über Personalbedarf transparent zu diskutieren. Er kritisiert die mangelnden Auskünfte des Präsidenten des Stadtsportbundes in der vergangenen Bürgerschaftssitzung unter TOP 9.11.

Herr Kühnel teilt mit, dass die Fraktion AfD dem Antrag während der Haushaltsdiskussion zugestimmt hat, da davon ausgegangen wurde, dass die 100 T € den Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Er kritisiert, dass seitens einiger Fraktionen bei den Vereinen schlechte Stimmung gegen Herrn Hofmann gemacht wurde. Die Fraktion AfD ist der Meinung, dass die Mitglieder des Stadtsportbundes über die Kompetenz verfügen, über die Mittelverwendung zu entscheiden. Aus diesem Grund wird dem Antrag zugestimmt werden.

Herr Suhr geht einleitend auf die Begründung des Antrags zur Haushaltsberatung am 22.04.2021 ein. Es wurde eine eindeutige Verwendung suggeriert. Nachfolgend haben sich scheinbar andere Optionen zur Mittelverwendung ergeben. Herr Suhr hält es für legitim, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI schriftlich an die Sportvereine gewandt und eine Sachinformation mitgeteilt hat. Er hält es für ebenfalls legitim, einen Änderungsantrag einzubringen, um eine konkrete Verwendung der finanziellen Mittel für den Kinder- und Jugendsport zu erreichen.

Der Oberbürgermeister berichtet, dass der Kinder- und Jugendsport durch die Hansestadt Stralsund in der Vergangenheit zusätzlich gefördert wurde, obwohl die Zuständigkeit beim Landkreis liegt. Es gehört auch zur Transparenz, zu wissen, dass es Vereine gibt, die hauptamtlich organisiert werden.

Herr Dr. Zabel entgegnet der Wortmeldung von Herrn Suhr, dass die ausschließliche Mittelverwendung andere Personengruppen ausgrenzen würde, z.B. Behinderten- oder Seniorensport.

Herr Haack antwortet in Richtung von Frau Bartel, dass er es für möglich hält, dass zukünftig bei zahlreichen Beschlussvorlagen ein Mitwirkungsverbot einiger Bürgerschaftsmitglieder vorliegen könnte.

Zum Änderungsantrag führt Herr Haack aus, dass dieser suggeriert, dass mit Beschlussfassung des Antrages AN 0110/2021 kein Geld beim Kinder- und Jugendsport ankommt. Er vertritt die Auffassung, dass die Kompetenz zur Verwendung beim Stadtsportbund liegt.

Nach Verständnis von Frau Kindler widersprechen die in der Diskussion vorgetragenen Argumente der ursprünglichen Begründung zur Festbetragsfinanzierung.

Herr Haack merkt an, dass der Antrag und nicht die Begründung zur Abstimmung gestellt wird.

Herr Dr. Zabel teilt mit, dass nach Verständnis der Fraktion CDU/FDP die Mittel dem Kinder- und Jugendsport prioritär aber nicht ausschließlich zur Verfügung gestellt werden soll. Aus Rückmeldungen weiß er, dass auch andere Personengruppen sich wünschen, von der Festbetragsfinanzierung zu partizipieren. Hinsichtlich einer Personalstelle im Bereich der Organisation stellt Dr. Zabel fest, dass auch diese dem Kinder- und Jugendsport zugutekommen würde.

Frau Fot geht davon aus, dass die Mittel aus der einmaligen Festbetragsfinanzierung nicht ausreichen, um eine Personalstelle zu schaffen. Darüber hinaus hat sie Kenntnis darüber erlangt, dass die Mitglieder des Stadtsportbundes im September über die Mittelverwendung entscheiden werden.

Herr Buxbaum merkt gegenüber Herrn Haack an, dass sich die Fraktion Bürger für Stralsund beim Abstimmverhalten in der Vergangenheit auch von den Begründungen leiten lassen hat.

Herr Bauschke beantragt das Ende der Debatte.

Herr Klingschat hält es für offensichtlich, dass ein Großteil der 100 T € für den Kinder- und Jugendsport eingesetzt wird. Über die genaue Verteilung entscheidet die Mitgliederversammlung. Er erklärt weiter, dass viel organisatorische Arbeit geleistet werden muss, um die Mitglieder wieder zurückzugewinnen. Diese Kompetenz hat der Sportbund.

Frau Kühl kritisiert die unqualifizierten Zwischenrufe einzelner Bürgerschaftsmitglieder und erinnert an die Vorbildwirkung der Bürgerschaft.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0113/2021 wie folgt namentlich zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Antrag AN 0110/2021 (Festbetragsfinanzierung Sportbund) wird wie folgt ergänzt:

Diese Erhöhung ist daran gebunden, dass die zur Verfügung gestellten städtischen Mittel ausschließlich und unmittelbar den im Sportbund Stralsund zusammengeschlossenen Vereinen zukommen. Mit diesen Mitteln soll der Kinder- und Jugendsport unterstützt werden.

Namentliche Abstimmung

Ja (11)

Bartel, Ute	Fraktion SPD
Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE
Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion SPD
Fechner, Friederike	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Gränert, Robert	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kindler, Anett	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kümpers, Josefine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Suhr, Jürgen	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
von Bosse, Arnold, Dr.	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Voß, Petra	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Würdisch, Thomas	Fraktion SPD

Nein (28)

Adomeit, Michael	Einzelbürgerschaftsmitglied WG Adomeit
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund
Corinth, Heike	Fraktion CDU/FDP
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund

Fanter, Frank	Fraktion AfD
Fot, Olga	Fraktion DIE LINKE
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Heischkel, Sandra	Fraktion AfD
Klingschat, Ralf	Fraktion CDU/FDP
Kühl, Andrea	Fraktion DIE LINKE
Kühnel, Jens	Fraktion AfD
Lange, Sebastian	Fraktion DIE LINKE
Liebeskind, Michael	Fraktion CDU/FDP
Lindner, Detlef	Fraktion Bürger für Stralsund
Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund
Pieper, Thoralf	Fraktion CDU/FDP
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE
Rietesel, Tino	Fraktion Bürger für Stralsund
Ruddies, Daniel	Fraktion CDU/FDP
Runge, Harald	Fraktion AfD
Schönleiter, Birkhild	Fraktion AfD
Schulz, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
von Allwörden, Ann Christin	Fraktion CDU/FDP
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP

Befangen (1)

Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund
---------------	-------------------------------

Der Änderungsantrag AN 0113/2021 ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lässt der Präsident über den Antrag AN 0110/2021 namentlich abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Haushaltsplan 2021 wird das Sachkonto „Festbetragsfinanzierung Sportbund“ im TH 10 in Höhe von 100.000 Euro erhöht.

Namentliche Abstimmung

Ja (31)

Adomeit, Michael	Einzelbürgerschaftsmitglied WG Adomeit
Bartel, Ute	Fraktion SPD
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund
Corinth, Heike	Fraktion CDU/FDP
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund
Fanter, Frank	Fraktion AfD
Fot, Olga	Fraktion DIE LINKE
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Heischkel, Sandra	Fraktion AfD
Klingschat, Ralf	Fraktion CDU/FDP
Kühl, Andrea	Fraktion DIE LINKE
Kühnel, Jens	Fraktion AfD
Lange, Sebastian	Fraktion DIE LINKE
Liebeskind, Michael	Fraktion CDU/FDP
Lindner, Detlef	Fraktion Bürger für Stralsund

Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund
Pieper, Thoralf	Fraktion CDU/FDP
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE
Rietesel, Tino	Fraktion Bürger für Stralsund
Ruddies, Daniel	Fraktion CDU/FDP
Runge, Harald	Fraktion AfD
Schönleiter, Birkhild	Fraktion AfD
Schulz, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
von Allwörden, Ann Christin	Fraktion CDU/FDP
Würdisch, Thomas	Fraktion SPD
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP
<u>Nein (1)</u>	
Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion SPD
<u>Enthaltung (7)</u>	
Fechner, Friederike	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Gränert, Robert	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kindler, Anett	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kümpers, Josefine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Suhr, Jürgen	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
von Bosse, Arnold, Dr.	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Voß, Petra	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
<u>Befangen (1)</u>	
Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0536

zu 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters zur Genehmigung vor.

zu 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung vor.

zu 12 Behandlung von Vorlagen

**zu 12.1 Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: B 0028/2021**

Herr Paul stellt fest, dass kein Redebedarf besteht und stellt die Vorlage B 0028/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die anliegende zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung).

Abstimmung: 38 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen
2021-VII-05-0537

**zu 12.2 Annahme einer Spende - Warnschutz-T-Shirts für Schülerinnen und Schüler von Grundschulen
Vorlage: B 0020/2021**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Annahme der Sachspende von 270 Warnschutz-T-Shirts zugunsten der Grundschulen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-05-0538

**zu 12.3 Kostenloser ÖPNV
Vorlage: B 0066/2020**

**Änderungsantrag zur Vorlage B 0066/2020 Kostenloser ÖPNV
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0114/2021**

Frau Kindler begründet den vorliegenden Änderungsantrag und berichtet, dass im Mobilitätsausschuss des Kreistages ein Prüfauftrag mit breiter Mehrheit beschlossen worden ist. Zielstellung ist es, einen kostenfreien ÖPNV auf dem Gebiet des Landkreises Vorpommern-Rügen für alle Menschen ab 01.01.2023 zu erreichen.

Frau Kindler stellt die Eingrenzung auf die in der Beschlussempfehlung genannte Personengruppe in Frage. Sie bittet, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Für die Fraktion CDU/FDP teilt Herr Dr. Zabel mit, dass keine weitere Priorisierung erfolgen soll. In einem ersten Pilotschritt können mit der Vorlage B 0066/2020 die Annahme einer kostenlosen Beförderung, die Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen und weitere Effekte geprüft werden.

Herr Dr. Zabel berichtet aus dem Mobilitätsausschuss und die auf Initiative der Fraktion CDU beabsichtigten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung des ÖPNV im gesamten Landkreis.

Herr Lange führt für die Fraktion DIE LINKE aus, dass der Änderungsantrag abgelehnt wird. Gleichwohl wird die Zielstellung einer kostenlosen Beförderung im ÖPNV begrüßt, jedoch für alle Personengruppen. Die im Änderungsantrag genannte Personengruppe hält er für nicht ausreichend definiert.

Herr Suhr zeigt sich verwundert über die Positionierung der Fraktion DIE LINKE. Ausgehend von den Kosten für das kostenlose Ticket für Personen 70+ in der Hansestadt Stralsund

rechnet Herr Suhr hoch, dass die Kosten für eine kostenlose Beförderung im ÖPNV für alle Personengruppen im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen werden. Aus seiner Sicht passt eine Ausweitung in der Hansestadt Stralsund auf die Inhaber des Strelapasses ins eingeplante Budget von 2 Mio. €.

Herr Suhr stellt klar, dass die kostenfreie Beförderung grundsätzlich positiv beurteilt wird. Jedoch erfasst die Vorlage B 0066/2020 eine Personengruppe unabhängig von der Einkommenssituation. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI wird die Vorlage ablehnen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI beantragt Herr Suhr gemäß Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung.

Frau Dr. Carstensen führt für die Fraktion SPD aus, dass der Änderungsantrag aufgrund der sozialen Komponente begrüßt wird und kündigt die Zustimmung zu diesem an.

Herr Würdisch erklärt, dass attraktive öffentliche Verkehrsmittel wichtig für den klimafreundlichen Verkehr sind. Dies erfordert jedoch Veränderungen in der Infrastruktur des Nahverkehrs. Mit einem kostenlosen öffentlichen Verkehrsmittel bliebe Mobilität aus Sicht von Herrn Würdisch kein Luxusgut.

Aus dem Landtag berichtet er, dass durch die SPD das landesweite Seniorenticket angestrebt wird.

Herr Würdisch erfragt, wie der in der Vorlage genannte durchschnittliche Fahrpreis von 1,60 € ermittelt wurde. Zudem stellt er nachfolgenden Ergänzungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft wird unmittelbar nach dem Vorliegen der Evaluation über deren Ergebnisse informiert und die Bürgerschaft entscheidet über eine eventuelle Laufzeitanpassung zwischen der VVR und der Hansestadt Stralsund.“

Herr Dr. Zabel geht erneut auf die Machbarkeitsstudie zum kostenlosen ÖPNV ab 01.01.2023 ein. Zur Wortmeldung von Herrn Suhr entgegnet er, dass auch in der Personengruppe 70+ die soziale Komponente nicht unerheblich ist. Außerdem werden in der Zielgruppe auch Menschen erreicht, die nicht mehr über die entsprechende Fahreignung für ein eigenes Fahrzeug verfügen.

Den Ergänzungsantrag von Herrn Würdisch hält Herr Dr. Zabel für entbehrlich, da er davon ausgeht, dass die Verwaltung über die Ergebnisse der Überprüfung der Bürgerschaft berichten wird.

Herr Bogusch erläutert, dass der durchschnittliche Fahrpreis nur abgeschätzt werden konnte. Dabei wurden statistische Daten, insbesondere aus der SRV-Befragung, herangezogen. Zur Berichterstattung über die Auswertung des Nutzerverhaltens teilt Herr Bogusch mit, dass diese der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt wird.

Herr Haack ist über die Diskussion überrascht, da dem Anliegen im Rahmen der Haushaltsberatung mit breiter Mehrheit zugestimmt worden ist. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird der Beschlussvorlage zustimmen. Es wird davon ausgegangen, dass eine weitere Ausweitung auf andere Personengruppen derzeit nicht finanzierbar ist.

Nach Zusicherung durch die Verwaltung und entsprechender Protokollierung zieht Herr Würdisch den eingebrachten Ergänzungsantrag zurück.

Herr Paul stellt den Änderungsantrag AN 0114/2021 wie folgt namentlich zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) die Möglichkeiten zur kostenlosen Beförderung von Stralsunderinnen und Stralsundern, die Inhaber*in eines Strelapasses sind, zu prüfen und dazu ein Angebot vorzulegen.

Namentliche Abstimmung

Ja (10)

Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE
Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion SPD
Fechner, Friederike	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Gränert, Robert	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kindler, Anett	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kümpers, Josefine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Suhr, Jürgen	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
von Bosse, Arnold, Dr.	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Voß, Petra	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Würdisch, Thomas	Fraktion SPD

Nein (29)

Adomeit, Michael	Einzelbürgerschaftsmitglied WG Adomeit
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund
Corinth, Heike	Fraktion CDU/FDP
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund
Fanter, Frank	Fraktion AfD
Fot, Olga	Fraktion DIE LINKE
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Heischkel, Sandra	Fraktion AfD
Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund
Klingschat, Ralf	Fraktion CDU/FDP
Kühl, Andrea	Fraktion DIE LINKE
Kühnel, Jens	Fraktion AfD
Lange, Sebastian	Fraktion DIE LINKE
Liebeskind, Michael	Fraktion CDU/FDP
Lindner, Detlef	Fraktion Bürger für Stralsund
Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund
Pieper, Thoralf	Fraktion CDU/FDP
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE
Rietesel, Tino	Fraktion Bürger für Stralsund
Ruddies, Daniel	Fraktion CDU/FDP
Runge, Harald	Fraktion AfD
Schönleiter, Birkhild	Fraktion AfD
Schulz, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
von Allwörden, Ann Christin	Fraktion CDU/FDP
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP

Der Änderungsantrag AN 0114/2021 ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lässt der Präsident über die Vorlage B 0066/2020 namentlich abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) die kostenlose Beförderung für Stralsunderinnen und Stralsunder der Altersgruppe 70 + mit Hauptwohnsitz in Stralsund auf Basis des anliegenden Alternativangebotes der VVR zu vereinbaren.

Namentliche Abstimmung

Ja (31)

Adomeit, Michael	Einzelbürgerschaftsmitglied WG Adomeit
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund
Corinth, Heike	Fraktion CDU/FDP
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund
Fanter, Frank	Fraktion AfD
Fot, Olga	Fraktion DIE LINKE
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Heischkel, Sandra	Fraktion AfD
Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund
Klingschat, Ralf	Fraktion CDU/FDP
Kühl, Andrea	Fraktion DIE LINKE
Kühnel, Jens	Fraktion AfD
Lange, Sebastian	Fraktion DIE LINKE
Liebeskind, Michael	Fraktion CDU/FDP
Lindner, Detlef	Fraktion Bürger für Stralsund
Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund
Pieper, Thoralf	Fraktion CDU/FDP
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE
Rietesel, Tino	Fraktion Bürger für Stralsund
Ruddies, Daniel	Fraktion CDU/FDP
Runge, Harald	Fraktion AfD
Schönleiter, Birkhild	Fraktion AfD
Schulz, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
von Allwörden, Ann Christin	Fraktion CDU/FDP
Würdisch, Thomas	Fraktion SPD
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP

Nein (7)

Fechner, Friederike	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Gränert, Robert	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kindler, Anett	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kümpers, Josefine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Suhr, Jürgen	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
von Bosse, Arnold, Dr.	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Voß, Petra	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Enthaltung (1)

Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion SPD
------------------------	--------------

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0539

**zu 12.4 Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2015 und Abschließende Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: B 0053/2021**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2015 sowie die abschließenden Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2015 zeitnah auszuräumen und künftig zu beachten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0540

**zu 12.5 Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2015 der Hansestadt Stralsund und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: B 0056/2021**

Herr Paul stellt fest, dass kein Redebedarf besteht und lässt über die Vorlage B 0056/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

- A. Feststellung des Jahresabschlusses
1. den aus Vorjahren bestehenden Ergebnisvortrag in Höhe von -10.657.531,78 EUR gemäß § 44 Absatz 5 GemHVO- Doppik unverändert auf neue Rechnung vorzutragen.
 2. gemäß § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss 2015 der Hansestadt Stralsund mit einem ausgewiesenen Eigenkapital von 297.435.936,64 EUR bei einer Bilanzsumme von 647.347.125,40 EUR und einem Jahresergebnis (nach Rücklagenentnahme) von 0,00 EUR festzustellen.
- B. Entlastung des Oberbürgermeisters
Dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Herrn Dr.- Ing. Alexander Badrow, wird gemäß § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V für das Haushaltsjahr 2015 die Entlastung erteilt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-05-0541

zu 13 Verschiedenes

Herr Dr. von Bosse kritisiert die Vermüllung durch BubbleTea-Läden im Altstadtbereich. Er regt an, dass seitens der Stadtverwaltung ein Bußgeldverfahren nach Kreislaufwirtschaftsgesetz beim zuständigen Landkreis angestrebt wird. Gleichzeitig bittet er, die Müllbehälter in der Umgebung der BubbleTea-Läden häufiger zu leeren.

Herr Haack gibt eine persönliche Bemerkung ab.

Nach seinem Eindruck hat sich das Klima in der Bürgerschaft deutlich verschlechtert.

Diesbezüglich hält Herr Haack es für geboten, weniger dünnhäutig zu reagieren.

Aus seiner Sicht hat sich der zuvor geschilderte Eindruck intensiviert, seitdem die Sitzungen ins Internet übertragen bzw. auf der Homepage der Hansestadt Stralsund bereitgestellt werden.

Als Beispiel führt er die Wortmeldung von Frau Dr. Carstensen in der vergangenen Sitzung zur Wahrung der Maskenpflicht an. Herr Haack berichtet, dass sich Frau Dr. Carstensen jedoch selbst nicht an die Maskenpflicht im Rathaus hält, wenn sie eine Ausschusssitzung besucht. Er sieht diesbezüglich einen Widerspruch im Verhalten und kritisiert dieses.

Als weiteres Beispiel nennt Herr Haack die Debatte zur Gender-Thematik im Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung. In dieser hat sich Frau Kümpers in einem Redebeitrag abfällig über Herrn Haack geäußert. Herr Haack stellt in Frage, ob die Wortwahl ebenso gewählt worden wäre, wenn eine Internetübertragung stattgefunden hätte.

Herr Haack regt an, sich zukünftig im Interesse der Hansestadt Stralsund wieder mehr inhaltlich auseinanderzusetzen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

Der Präsident verabschiedet die Öffentlichkeit und leitet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein.

zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Präsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die kleine Anfrage kAF 0063/2021 durch die Verwaltung beantwortet wurde sowie die Vorlage H 0078/2021 gemäß Beschlussvorschlag beschlossen worden ist.

Die Vorlagen B 0033/2021, B 0034/2021, B 0035/2021, B 0036/2021, B 0037/2021, B 0039/2021, B 0041/2021, B 0042/2021, B 0044/2021, B 0045/2021, B 0046/2021, B 0047/2021, B 0048/2021, B 0050/2021 wurden mehrheitlich abgelehnt.

zu 17 Schluss der Sitzung

Herr Paul dankt für die Mitarbeit und beendet die Sondersitzung der Bürgerschaft.

gez. Peter Paul
Präsident der Bürgerschaft
der Hansestadt Stralsund

gez. Thomas Schulz
1. Stellvertreter des
Präsidenten der Bürgerschaft
der Hansestadt Stralsund

gez. Steffen Behrendt
Protokollführung